

// NR. 1-2025 // ISSN 1615-5017



Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom **Fachbereich Seniorenpolitik**
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (**GEW**)
Landesverband Baden-Württemberg



www.gew-bw.de

- 3 Auf ein Wort: Über vier Jahre Seniorenpolitik
- 4 Nachruf Michael Rux
- 5 Die neue Leitung des LPGA Mitglieder im Ruhestand stellt sich vor
- 5 Verabschiedung
- 7 Deutscher Seniorentag 2025 in Mannheim
- 8 Veranstaltungen/Vorankündigungen
- 10 Leserbrief
- 10 Buchvorstellung: Hey guten Morgen, wie geht es dir?
- 11 Berichte
- 13 Künstliche Intelligenz (Teil 2)
- 14 GEW Akademie Forschung und Praxis im Ruhestand

Impressum

Aktiver Ruhestand, herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg.

Redaktion: Barbara Haas, Roland Jost, Marion Will, Joachim Wagner

Anschrift: Barbara Haas, Schleifmühleweg 35, 72070 Tübingen, Tel. 0175 2029396

E-Mail: barbara.haas@gew-bw.de

Verlag: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 21030-70

Gestaltung: Alexandra Winter

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14, 73230 Kirchheim unter Teck

Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzelexemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter barbara.haas@gew-bw.de oder der Postadresse. AR

Titelbild: Eschacher Weiher bei Kempten, Foto: Hartmut Wirsching

März 2025

Auf ein Wort

Über vier Jahre Seniorenpolitik zwischen den Landesdelegiertenversammlungen 2020 und 2025



Liebe Kolleg*innen,

nun ist es soweit – der Fachbereich Seniorenpolitik geht nach zwölf Jahren in eine neue Phase: Begonnen hat es mit dem Abschied von Michael Rux von der Leitung des Fachbereichs und dem „Aktiven Ruhestand“ (AR) und meiner Wahl für diesen Posten; jetzt geht es mit neuer Besetzung weiter: Ich werde in der LDV am 3. April nicht mehr für die Leitung des Fachbereichs kandidieren.

Besonders der „Aktive Ruhestand“ hat mir immer viel Freude gemacht und ich bin immer noch stolz auf sein regelmäßiges Erscheinen und die vielen positiven oder auch kritischen Rückmeldungen von euch, liebe Leser*innen. Vor allem ist auch Michael Rux mit vielen Beiträgen dem AR treu geblieben.

Ich möchte euch zum Schluss einiges aus dem Geschäftsbericht des Fachbereichs Seniorenpolitik der letzten vier Jahre weitergeben, da viele von euch durch eigene Artikel zur Vielfalt des Heftes beigetragen haben.

In den letzten Jahren standen insbesondere Diskriminierungen älterer Menschen in Fragen der Gleichbehandlung im Mittelpunkt: Beispielsweise ging es um unterschiedlich bewertete Altersbilder, um Auswirkungen für Hochaltrige auf Teilhabe und Mitbestimmung durch die fortschreitende Digitalisierung, um den Kampf für die Übertragung des TVL auf die Versorgungsempfänger*innen, um die Rentenentwicklung und die steigende Altersarmut bei Frauen. Auch die Fortsetzung des lebenslangen Lernens und das dringend benötigte bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen beschäftigten uns.

Von Benachteiligungen in Privatgeschäften durch Verweigern von Krediten bei Banken, von Rückbaupflichten in Mietwohnungen, in der Gesundheitspolitik vom mangelhaften Ausbau gerontologischer Abteilungen in der Krankenhausreform und von steigenden Pflegekosten sind ältere Menschen besonders betroffen. Bei der Teilhabe an Mobilität (Ausbau der Digitalisierung bei der Bahn und beim ÖPNV etc.) und Verkehr, beim Wohnen im Alter (in verschiedenen Wohnformen und bei steigenden Kosten), bei Fragen der Sicherheit, der sozialen Isolation und Einsamkeit

ergeben sich Probleme, die insbesondere ältere Menschen betreffen und speziell bearbeitet werden müssen.

Es wurde und wird immer deutlicher, dass das Fehlen der Kategorie „Alter“ im Artikel 3 GG, Absatz 3 (zusätzlich zum Geschlecht und zu anderen Vorgaben) dringend behoben werden muss und eine entsprechende Umsetzung in unserem Bundesland durch daraus resultierende Gesetze zu fordern ist.

Ganz besonders wichtig ist uns daher eine gesetzliche Verankerung der Rechte älterer Menschen durch ein Mitwirkungs- oder Mitbestimmungsgesetz und die Aufnahme des Alters als einen Diskriminierungstatbestand im Grundgesetz Artikel 3, Absatz 3.

Es war uns möglich, die Zusammenarbeit mit den anderen DGB-Gewerkschaften und dem DGB auf allen Ebenen zu intensivieren, nicht nur im Bezirk Baden-Württemberg, sondern auch auf der Bundesebene des DGB, vor allem durch die Tatsache, dass Klaus Beck als ehrenamtlicher Seniorenbeauftragter durch den DGB bestellt wurde und die Anbindung an die DGB-Abteilung Seniorenpolitik (Bund) mit der Referatsleiterin Dr. Bianca Kühl gelang. Es konnten Broschüren durch seniorenpolitische Eckpunkte von Wahl zu Wahl aktualisiert werden. So brachten wir die Anliegen der Gewerkschaftsmitglieder im Ruhestand mehr zur Geltung.

Für mich ist es nun an der Zeit, mich ab Anfang April 2025 dem Privatleben und meinen Kindern und Enkeln mehr zuzuwenden und anderen aktiven Seniorinnen und Senioren in der GEW das Feld Seniorenpolitik zu überlassen. Lebt wohl!

Die nachfolgenden Aktiven für den Fachbereich werden in der Landesdelegiertenversammlung gewählt werden und sich im AR 2-2025 vorstellen. Ich danke ihnen schon jetzt für die Übernahme dieser vielfältigen Aufgabe.

Barbara Haas

Nachruf



Michael Rux

(20.5.1941 bis 23.1.2025)

Michael Rux, unser Ehrenmitglied, ist nach langer Krankheit zuhause in Freiburg gestorben. Er hinterlässt eine große Lücke, nicht nur im Jahrbuch und in der Vorsorgemappe u.a. Bis in seine letzten Monate schrieb er auch für den Aktiven Ruhestand. Er leitete ihn bis 2013, mit dem Jahr 2014 übergab er die Leitung an mich. Seine Spuren hat er trotzdem weiter im Aktiven Ruhestand hinterlassen. Hier nur einige Beispiele:

- Ankündigung der Vorsorgemappe „55plus – Ruhestand und Vorsorge“, AR 2-2023
- Betreuungsrecht 2023, AR 1-2023
- Neues zum Thema Suizidbeihilfe, AR 4-2022
- Vorbereitung auf ein „Suizidhilfegesetz“, AR 3-2022

- „Den digitalen Nachlass sichern und verwalten“, AR 2-2020
- Aus der Rechtsprechung: „Patientenverfügung“, AR 2-2020, S. 5-7
- Patientenrechte am Ende des Lebens, AR 3-2018
- Patientenrechte, AR 4-201
- Europäisches Erbrecht neu geregelt, AR 1-2016
- Buchbesprechung von Volker Mall: Die Memoiren von Alex Sofer, AR 3-2024
- „Denkmal und Name“, AR 2-2021
- „Einen Namen und einen Ort geben“, AR 1-2018
- Buchbesprechung „Alte und neue Spuren von Auschwitz ins Gäu“ Volker Mall/Harald Roth, AR 3-2016

Er kümmerte sich sowohl um die Rechte der Menschen im hohen Alter als auch um die Erinnerungsarbeit, die uns allen sehr wichtig geworden ist.

Ich werde ihn vermissen!

Barbara Haas

Vorstellung des neuen Leitungsteams

des Landespersonengruppenausschusses der Mitglieder im Ruhestand in der GEW Baden-Württemberg

Issi Schörner: Erzieherin, Lehrerin im Angestelltenverhältnis, seit 1983 tätig in diversen Grundschulförderklassen im Bereich des RP Stuttgart, Vertrauensfrau, Personalrätin. In der Rente seit 1.5.2022.

Waltraud Klett: Grund-, Haupt- und Werkrealschullehrerin seit 1980 und in der GEW seit dem Studium. Vertrauensfrau, Personalrätin, im Vorstand der MiR Reutlingen/Tübingen und seit 2019 Beamtin im Ruhestand. Motto: You can get it if you really want.

Renate Menke: Eintritt in die GEW 1986. Seit Mitte der 80er Jahre Engagement in der Frauenpolitik, Tätigkeit als Vertrauensfrau und Ortsverbandsvorsitzende. Arbeit als GHS-Lehrerin, Konrektorin, später Rektorin und Tätigkeit im Staatlichen Schulamt sowie im Kultusministerium.

Als gewähltes Team sind uns senior*innenpolitische sowie senior*innenrelevante Themen wichtig. Das gilt genauso im Hinblick auf die Lebenssituationen von Pensionär*innen und Rentner*innen. Daher wollen wir auch im Fachbereich Seniorenpolitik mitarbeiten.

Schwerpunkte unserer Arbeit werden sein: Mitgliederbindung, Seniorenmitwirkungsgesetz, Gesundheitspolitik.

Besonders wichtig sind uns Vernetzung und Informationsaustausch mit den Ortsverbänden, Kreisen und Bezirken.

Wir sind erreichbar unter: MiR@gew-bw.de



Im Foto von links nach rechts:
Issi Schörner, Waltraud Klett und Renate Menke

Verabschiedung von Christel Koksch und Karlheinz Trumpf

// Auf der Herbsttagung des Bezirksausschusses der Mitglieder im Ruhestand (MiR) Nordwürttemberg verabschiedete Farina Semler Christel Koksch und Karlheinz Trumpf aus ihren Ämtern //

Christel Koksch ist seit 48 Jahren GEW-Mitglied. Ihr waren Solidarität und Gewerkschaftsarbeit immer wichtig. Sie hat in dieser Zeit viele verantwortungsvolle Aufgaben übernommen. So leitete sie etwa 25 Jahre lang die Fachgruppe Grundschule, war stellvertretende Vorsitzende des Ortsverbands (OV) Waiblingen, etwa 30 Jahre im Personalrat und viele

Jahre Kassenprüferin für Nordwürttemberg und dann auch für ganz Baden-Württemberg. Seit dem Eintritt in den Ruhestand engagierte sie sich für die MiR im Rems-Murr-Kreis.

Karlheinz Trumpf ist sogar seit 58 Jahren GEW-Mitglied, weil er davon überzeugt ist, dass Erfolg als Lehrer nicht nur von dessen Kompetenz,

6 VERABSCHIEDUNG

sondern auch von gelebter Kollegialität unter guten Bedingungen abhängt. Er übernahm schon bald die Leitung des Ortsverbands (OV) Heilbronn und war viele Jahre als Personalrat im Staatlichen Schulamt Heilbronn tätig, bis zu seinem Ruhestand als Vorsitzender des Personalrats. Ein weiteres Amt übernahm er im Bezirkspersonalrat. Seit dem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2006 leitete er die Fachgruppe der MiR im Kreis Heilbronn und wurde in den Landespersonenausschuss gewählt. Dort verantwortete er die Bezirkspersonengruppe Nord-Württemberg zusammen mit Christel Koksch und arbeitete bis vor wenigen Jahren im Fachbereich Seniorenpolitik BW mit.

Christel und Karlheinz habe ich folgende Fragen gestellt:

Welche Vorsitzenden der GEW hast du noch persönlich gekannt?

Beide erinnerten sich noch an Siegfried Vergin, Rainer Dahlem, Doro Moritz und natürlich an die jetzige Vorsitzende Monika Stein. Von früheren Landesdelegiertenversammlungen erinnerte Karlheinz sich auch noch an Kurt Pöndl als Ehrengast.

Welche Themen waren dir besonders wichtig oder sind dir immer wieder begegnet?

Christel war besonders die bessere Schulversorgung und -ausstattung wichtig; sie kämpfte für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, mit dem Ziel einer Schule für alle. Sie setzte sich dafür ein, Ungerechtigkeiten innerhalb der Lehrerschaft (Bezahlung, Deputat, Status) zu beseitigen. **Karlheinz** war es wichtig, dass die Mitglieder der GEW sich solidarisch für mehr Gerechtigkeit einsetzen und daran arbeiten, bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten abzubauen. Gemeinsam sollten sie Visionen einer besseren Schule entwickeln und sich dafür engagieren, diese Zug um Zug zu verwirklichen.

Woran erinnerst du dich besonders gerne?

Christel hat besonders die gemeinsamen GEW-Ausflüge in guter Erinnerung; sie sorgten für lebhaftes Diskussions- und Zusammenhalt innerhalb der verschiedenen Gruppen. Schön waren auch immer die Aufenthalte im Löchnerhaus auf der Reichenau. Sie organisierte dort das Kulturprogramm mit Highlights wie dem Besuch des jüdischen Friedhofs auf der Höri oder einer Führung des Bildhauers Lenk durch seine Ausstellung. **Karlheinz** erinnert sich gerne an seine Mitarbeit im Bundesseniorenausschuss der GEW oder bei der BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen). Auch die

erfolgreiche Beratung und Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen hat ihn immer motiviert.

Worin siehst du die größten Herausforderungen der GEW in der heutigen Zeit?

Christel wünscht sich, dass die GEW weiterhin für ein gerechteres Schulsystem für alle kämpft. **Karlheinz** ist es wichtig, dass bei der Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung klug, kreativ und konsequent gehandelt wird.

Gibt es etwas, das du deinen Nachfolger*innen mit auf den Weg geben willst?

Christel meint dazu: „Seid mutig, macht den Mund auf und verliert nicht den Humor“. **Karlheinz** rät: „Vertraut auf eure Kraft, verwurzelt in unserer Solidargemeinschaft der GEW und geht einen Weg, wie ihr ihn verantworten könnt.“

Beiden engagierten Mitgliedern danke ich im Namen der GEW für ihre jahrzehntelange Gewerkschaftsarbeit, ihren couragierten Einsatz für eine bessere Schule für alle daran Beteiligten und persönlich für die interessanten Antworten.

Marion Will



Im Bild von links nach rechts: Christel Koksch, Karlheinz Trumpf und Farina Semler bei der Verabschiedung im Löchnerhaus

Deutscher Seniorentag in Mannheim

Mehr Aufmerksamkeit für die Lebenssituation älterer Menschen

Vom **2. – 4. April 2025** findet in Mannheim der **14. Deutsche Seniorentag** statt. Ausgerichtet wird er von der BAGSO, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen in Deutschland. In der BAGSO sind rund 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren. Neben Wohlfahrtsverbänden, Parteien und vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sind auch der DGB und die GEW Mitglieder. Die derzeitige Vorsitzende der BAGSO ist Dr. Regina Görner, früher lange Zeit stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB und auch CDU-Ministerin im Saarland. Die BAGSO tritt gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit. In wichtigen Politikfeldern setzt die BAGSO Themen auf die politische Tagesordnung, die für die Lebensqualität älterer Menschen relevant sind. In Positionspapieren und Stellungnahmen benennt sie Anforderungen für ein besseres Leben im Alter und gibt Anstöße für politisches Handeln in Bund, Ländern und Kommunen. Projekte wie zum Beispiel der „Digitalkompass“ bieten Senior*innen konkrete Hilfen beim alltäglichen Umgang mit der digitalen Welt.



Bild von congedesign auf Pixabay

Beim Deutschen Seniorentag in Mannheim wird der DGB unter anderem auch seinen Mustergesetzentwurf für ein Mitwirkungsgesetz für

ältere Menschen vorstellen, der von den jeweiligen DGB-Landesverbänden in die politische Diskussion gebracht werden soll. Warum setzt sich der DGB für ein Mitwirkungsgesetz für Ältere ein? Wir wollen gehört werden. Wir wollen keine Bittsteller*innen sein. Als gewerkschaftlich Aktive haben wir ein Leben lang erfahren, dass uns Gespräche allein nicht weiterhelfen. Das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze geben uns ein Werkzeug in die Hand, um auch und gerade im Konfliktfall zu handeln. Gesetzlich geregelte Mitbestimmung würde das auch uns älteren Menschen ermöglichen. In mehreren Bundesländern gibt es ein solches Gesetz (Hamburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Saarland und Bayern) – in den restlichen Bundesländern, also auch in Baden-Württemberg, nicht. Die bestehenden Gesetze sind oft schlecht gemacht, mit unerfreulichen Konsequenzen für die Umsetzung. Dem will der DGB mit seinem Mustergesetzentwurf entgegenwirken.

Der Deutsche Seniorentag im April 2025 wird mediales Interesse auf sich ziehen. Wir erhoffen uns davon, trotz schlechter Finanzsituation in Kommunen, Bund und Ländern, eine größere Aufmerksamkeit und Ausgabenbereitschaft für die Lebenssituation älterer Menschen. Viele Menschen stellt das Alter vor prekäre Herausforderungen. Diese entstehen nicht erst, wenn Pflegebedürftigkeit vorliegt. Ziel muss sein, dass ältere Menschen so lange wie möglich und solange sie es wünschen, in ihrem gewohnten Umfeld ein erfülltes Leben haben können. Geringe finanzielle Mittel belasten den Alltag in vielfältiger Weise – bis hin zu Einschränkungen des Soziallebens, wenn das Geld nicht reicht, um sich mit anderen zum Kaffeetrinken zu treffen. Hier sind die Kommunen gefragt. Es müssen wohnortnahe Möglichkeiten geschaffen werden, die ohne Konsumzwang Begegnungen ermöglichen. Das Angebot eines kostengünstigen Mittagstischs würde vielen helfen, gesunde Mahlzeiten mit anderen gemeinsam einnehmen zu können, und überhaupt: irgendwo hingehen zu können und nicht nur zu Hause zu sitzen. Diese Treffpunkte müssen aber auch eine niedrigschwellige Beratung anbieten für die verschiedensten Fragen und Herausforderun-

gen, die das moderne Leben mit sich bringt. Oft sind es nur Kleinigkeiten, an denen Menschen scheitern. Hilfe bei der Buchung von Onlinetickets, beim Kontakte-Herstellen zu Fachleuten rund um die Pflege, ein kleiner Tipp zum Gebrauch des Smartphones reichen manchmal schon, um besser kommunizieren zu können – das sind ein paar Beispiele dafür, wie wichtig solche kommunal organisierten Anlaufstellen sind. Die BAGSO hat mit ihrem Internationalen Kongress zur partizipativen Stadtentwicklung im Herbst 24 gezeigt, dass sich diese Fragen nicht nur in Deutschland stellen. Referent*innen aus ganz Europa berichteten von den gleichen Herausforderungen und ähnlichen Lösungsstrategien.

Wir, der DGB Arbeitsreis Senior*innenpolitik Mannheim, wollen den Deutschen Seniorentag nutzen, um mit vielfältigen Aktionen auf unsere Forderungen aufmerksam zu machen. Wir wollen Druck machen auf die politisch Verantwortlichen, unsere Situation tatsächlich in den Blick zu nehmen. In Gesprächen treffen wir oft auf wohlwollendes Zuhören. Aber man schaue sich nur einmal die Wahlprogramme der Parteien an – gleichgültig auf welcher Ebene, in den Kommunen, auf Länder- oder auf Bundesebene oder auch auf europäischer Ebene. Wo gibt es darin Forderungen für bessere Teilhabe Älterer? Kann es sein, dass auf über hundert Seiten Wahlprogramm das Wort

„ältere Menschen“ kein einziges Mal vorkommt? Wir müssen also selbst für unsere Interessen eintreten. Wir brauchen ein Gesetz, das die Mitwirkung älterer Menschen bei allen sie betreffenden Angelegenheiten in den Kommunen regelt.

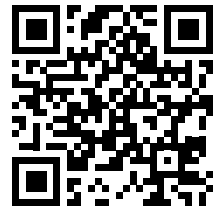
Wir brauchen Respekt vor der Lebensleistung Älterer – wir wollen nicht, dass andere über uns entscheiden oder eben nicht entscheiden und andere Prioritäten setzen.

Der Deutsche Seniorentag in Mannheim bietet mit seinem vielfältigen Programm an Vorträgen und Aktionen eine gute Möglichkeit unsere Interessen sichtbar zu machen.

*Hildegard Klenk
(DGB Arbeitskreis Senior*innenpolitik Mannheim)*

14. Deutscher Seniorentag der BAGSO, 2.-4. April 2025 in Mannheim

Programm und Anmeldung unter
www.deutscher-seniorentag.de
oder www.bagso.de



Einladung zum Seminar in Kochel am See an alle interessierten Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand

// Zum diesjährigen Seminar laden wir alle Mitglieder im Ruhestand herzlich ein. Es findet wie jedes Jahr fünftägig in Kochel am See/Bayern in der Georg-von-Vollmar-Akademie statt. //

Das Seminar beginnt am Montag, den 5. Mai (Anreise bis 14.30 Uhr), und endet am Freitag, den 9. Mai 2025, um ca. 13.30 Uhr.

Thema:

Wasser – ein lokales und globales Problem

„Der nächste Krieg im Nahen Osten wird nicht um Politik, sondern um Wasser geführt werden“, erklärte bereits 1988 der damalige stellvertretende ägyptische Außenminister Boutrus Boutrus-Ghali. Er wies damit

als einer der ersten Politiker auf ein Problem hin, das nicht nur den Nahen Osten betrifft. Auch wenn Wasser zu den sich erneuernden Rohstoffen gehört, ist es dennoch begrenzt. Nur rund 2,5 Prozent des Wassers auf der Welt sind Süßwasser, und von diesem können nur geringe Teile genutzt werden. Für weite Teile der Erde gilt daher, dass der Kampf ums tägliche Wasser ein Kampf um Leben und Tod ist. Laut dem Wasserbericht der Vereinten Nationen hatten auch im Jahr 2023 noch mehr als zwei Milliarden Menschen keinen

regelmäßigen eigenen Zugang zu sauberem Wasser, 1,2 Milliarden von ihnen fehlte sogar der Zugang zu einer grundlegenden Wasserversorgung. Nicht nur in den aktuell betroffenen Gebieten, sondern auch in Deutschland wird es auf Grund der klimatischen Veränderungen in Zukunft Probleme um das Wasser geben. Wer hat Vorrang, wenn das Wasser knapp wird? Verbände und Wasserversorger pochen darauf, der öffentlichen Trinkwasserversorgung Vorrang einzuräumen, denn zukünftige Konflikte um die Wasserverteilung zwischen Industrie, Landwirtschaft und Bevölkerung zeichnen sich schon jetzt ab. In der ersten nationalen Wasserstrategie der Bundesregierung, die im März 2023 in Kraft trat, fehlt aber ein expliziter Hinweis darauf. Es gilt jedoch: „Unser Wasser ist unser wertvollstes Gut!“

Nach unserer guten Erfahrung mit den Teilnehmer*innen des vergangenen Seminars nehmen wir an, dass das gewählte Thema auch wieder auf ein reges Interesse stößt.

Außerdem wird in einem Vortrag vorgestellt, was die GEW ihren Mitgliedern im Ruhestand bietet, und es wird diskutiert werden, welche Wünsche und Erwartungen sie an die GEW haben.

Selbstverständlich gehören geführte Exkursionen und Besichtigungen sowie ein abendliches Fitnessangebot mit Musik wieder zum Programm.

Referent*innen und Besichtigungen:

- Prof.(em.) Dr. Barth (Hochschule für angewandte Wissenschaften München).
- Das neue Vorstandsteam der Landespersonengruppe Mitglieder im Ruhestand der GEW Baden-Württemberg.
- Führung im Walchensee-Wasserkraftwerk.

Zielgruppe/Kosten:

GEW-Mitglieder, die noch nie an einem Kochel-Seminar teilgenommen haben (wird bei der Anmeldung abgefragt). In begründeten Einzelfällen wird die Zulassung einer Begleitperson geprüft. Für Übernachtung, Vollpension und Seminar zahlen GEW-Mitglieder einen Eigenbeitrag von 220 Euro, der über eine Sepa-Lastschrift, die vor Ort ausgefüllt wird, eingezogen wird. Fahrtkosten werden von der GEW nicht übernommen.

Begleitpersonen, die nicht GEW-Mitglieder sind, rechnen vor Ort mit der Akademie ab. Für Übernachtung und Halbpension (Frühstück, Abendessen) bezahlen sie 307 Euro. Wird ein Mittagessen zusätzlich gewünscht (16.50 Euro), muss dies der Akademie vor Ort gemeldet werden. Wer von diesem Personenkreis an den Vorträgen teilnimmt, bezahlt 70 Euro Seminargebühr.

Online-Anmeldung:

Dienstag, den 18.3., ab 9.00 Uhr, bis Dienstag, 25.3. 2025, bis 23.59 Uhr

Bitte jede Person einzeln anmelden unter:

www.gew-bw.de/wasser

Sollten nach Anmeldeschluss mehr als 30 Teilnehmer*innen auf der Liste stehen, entscheidet ein Losverfahren über die Teilnahme.

Zusagen/Absagen werden ab dem 7. April 2025 in schriftlicher Form verschickt.

Bei einer Absage ab dem 28. April 2025 müssen wir Stornokosten in Höhe von 50 Euro in Rechnung stellen, sofern sich kein Ersatz findet.

Das Organisationsteam von Kochel:

Heike Hauck, Sabine Hornung, Wally Gollwitzer

Vorankündigungen

Gesundheitstag am 2. Juli 2025,

Hospitalhof Stuttgart

Titel: Zukunft Gesundheit, Referent*in: NN

Eugen-Rombach-Tage 2025,

vom 28.- 30. Oktober 2025

Titel: „Demokratie in Gefahr“, Referent*in NN

Zentrum für Lehrerfortbildung, Esslingen-Zell
Ausschreibung mit Programm im AR 2-2025

Seminar der Gewerkschaftlichen Bildung

Lang ersehnt – und nun? – Perspektivwechsel für GEW-Aktive nach dem Eintritt in den Ruhestand, für Kolleg*innen in den ersten beiden Ruhestandsjahren mit Barbara Haas

Löchnerhaus, vom 31.3.25, 15.30 Uhr,

bis 1.4. 2025, 16 Uhr

Anmeldung unter

www.gew.de/veranstaltungen bis 10.3.25

Leserbrief

„Ist die Rückkehr zu G9 bildungspolitisch sinnvoll?“ (von Hartmut Wirsching, AR 4/2024)

So ganz klar hat Hartmut Wirsching die Titelfrage nicht beantwortet. Aber gut drei Vierteln seines Textes ist dennoch zu entnehmen, wie widersinnig das Rollback ist: Man braucht dafür Lehrkräfte, die ja schon an anderer Stelle fehlen, man braucht mehr Räume, und man zieht anderen Schularten, die zur allgemeinen Hochschulreife führen, leistungsstärkere Schüler*innen ab. Diese anderen Schularten führen alle in neun Jahren nach der Grundschule zu einem Abitur, das keinerlei Einschränkungen bei der Fächerwahl an den Universitäten beinhaltet. Aus ihnen, vorneweg das Berufliche Gymnasium, kommt mittlerweile fast jede zweite Hochschulzugangsberechtigung im „Ländle“. Und das muss man immer wieder betonen, weil damit sichergestellt ist, dass es echte Alternativen zum klassischen Gymnasium gibt. Wer also meint, sein Kind brauche unbedingt ein Jahr mehr Zeit, um den Hochschulzugang zu erlangen, der hat in Baden-Württemberg weiß Gott genug Alternativen, die auch Zeit für Musisches und Sport lassen. Denn vielfach wird ja erzählt, dass G8 wegen des Leistungsdrucks dafür nicht genügend Zeit ermögliche. Dass aus der Mehrheit der Länder dieses Planeten nach acht Jahren bis zum Abitur (vorneweg zum Beispiel unsere Nachbarländer Österreich und Frankreich) nicht nur geknechtete Lernautomaten ohne jede künstlerische Begabung und ohne Talent für sportliche Aktivität in

die Unis strömen, müsste eigentlich klar sein. Deshalb fehlt mir ein deutlicheres Fazit in Hartmut Wirschings Artikel: Wer sich in der jüngsten Vergangenheit, leider erfolgreich, für G9 eingesetzt hat, hat dies getan, weil er sein Kind unbedingt an einem Gymnasium sehen will. Berufliches Gymnasium? Um Gottes Willen, mit welchen Kreisen kommt mein Kind denn da zusammen? Gemeinschaftsschule? Noch schlimmer! Hinter dem Kampf für G9 steckt leider eine dicke Prise Hochnäsigkeit – es ist der alte akademische Dünkel, der für sich (bzw. seine Kinder) alles fordert, während ihm die Bildungschancen anderer sozialer Schichten einfach gleichgültig sind. Eine solidarische Gesellschaft sieht anders aus. Übrigens: Was die Robert-Bosch-Stiftung mit ihrem Konzept für eine „Neue Sekundarschule in Baden-Württemberg“ vorschlägt, ist vollkommen sinnvoll, weil es die Bildungslandschaft bis zum mittleren Abschluss deutlich vereinfacht. Nur dass auch hier das neunjährige Gymnasium nicht angetastet wird, ist schade. In Österreich klappt's doch auch mit acht Jahren zur Matura. Aber da gibt's auch Nachtzüge bei der Bahn, Tempo 120 auf Autobahnen, und der soziale Wohnungsbau in Wien kommt über sechzig(!) Prozent aller Wienerinnen und Wiener zugute, in Wohnungen, die direkt der Stadt Wien gehören oder staatlich gefördert errichtet wurden. Vielleicht ist man kreativer, wenn man nicht so lange in der Schule sitzt...

Joachim Wagner

Hey guten Morgen, wie geht es dir?

Ein Roman von Martina Hefter - Gewinner des Deutschen Buchpreises von 2024

Macht der „Aktive Ruhestand“ den Feuilletons der großen überregionalen Zeitungen Konkurrenz? Nein. Aber es kann neben den politischen und historischen Sachbüchern, die die Redaktion regelmäßig vorstellt, durchaus auch Gründe geben, auf Belletristisches hinzuweisen. „Hey guten Morgen, wie geht es dir?“ von Martina Hefter ist solch ein Fall. Wo andere Buchpreis-Gewinner oft harte Anforderungen an die Lektüre stellen, ist der kleine Roman

(220 Seiten) leicht zu lesen. Spannend ist er auch. Und er behandelt das uralte Thema Heiratsschwindel in einer modernen Form, dem sogenannten Love-Scamming. Juno kann nicht schlafen. Nachts surft sie deshalb im Netz, besonders dort, wo die Lover-Boys aus armen Ländern mit gefälschten Profilen Jagd auf das Geld von Frauen aus reichen Ländern machen, indem sie ihnen ihre Liebe vorgaukeln. Juno aber führt die Kerle an der Nase herum, führt sie regelrecht vor, bis

diese selbst die Chats, oft mit einem bitch!, verlassen. Es kommt, wie es kommen muss: Einer der Betrüger verliebt sich wirklich, bekennt sich zu seinem kriminellen Verhalten, und auch Juno entwickelt freundschaftliche Gefühle. Was dann geschieht, muss man selbst lesen...

Aber das ist noch nicht der ganze Roman. In einem zweiten Handlungsstrang geht es um Junos Beziehung zu Jupiter, ihrem Mann, ein Mann mit MS und Pflegegrad 3, der auf den Rollstuhl angewiesen ist und allein die Wohnung nicht verlassen kann. Beruflich ist er vielleicht sogar erfolgreicher als sie: Während Juno in der Leipziger freien Theaterszene mit über fünfzig Bewegungstheater macht, ist Jupiter als Schriftsteller durchaus erfolgreich und gewinnt in den Monaten, die der Roman umfasst, sogar einen mit Geld dotierten Preis. Probleme gibt es, wenn Juno vergisst, das Anschlussrezept für Jupiters lebenswichtiges Medikament zu besorgen, wenn die beiden die Hilfe der Nachbarn brauchen, um das nicht barrierefreie Haus zu verlassen.

Dieser zweite Strang ist weniger spektakulär, aber es ist der Teil des Buches, der einen nachdenken lässt: Pflegebedürftige Partner, die Frage, wo man selbst bleibt, wenn der*die andere einen eigentlich ständig braucht, das wird bei Martina Hefter ganz lapidar angerissen. Tipps gibt es so wenig wie Belehrungen, was ist, wird kommentarlos erzählt. Und da ist das Buch auf einmal etwas, das durchaus mit Menschen im (hoffentlich noch lange aktiven) Ruhestand zu tun hat, etwas, das vielleicht sogar anregt, politische Forderungen in Bezug auf Pflege, Barrierefreiheit, kurz: auf den Umgang mit Menschen mit Behinderungen zu erheben.

Joachim Wagner

Martina Hefter

Hey guten Morgen, wie geht es dir?
Klett-Cotta 2024. 22 EUR

Berichte

Der neunte Altersbericht der Bundesregierung liegt vor

Schon vor sieben Monaten haben die Sachverständigen für den neunten Altersbericht der für Senior*innen zuständigen Ministerin den in jeder Legislatur erscheinenden Bericht zur Lage der älteren Menschen in Deutschland vorgelegt – dieses Mal mit dem Titel: „Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen“. Das zuständige Ministerium hat die Stellungnahme zu den Erkenntnissen der Kommission zu erstellen. Nun hat Ministerin Lisa Paus zusammen mit Prof. Dr. Brandt und Regina Görner, Vorsitzende der BAGSO, am 8. Januar 2025 den Bericht samt der Stellungnahme der Öffentlichkeit präsentiert.

Die zwölf Sachverständigen unter Leitung von Prof. Dr. Martina Brandt, Professorin für Sozialstruktur und Soziologie alternder Gesellschaften an der TU Dortmund, setzen sich zusammen aus Experten*innen für Gerontopsychologie, aus Soziolog*innen, aus Gesundheitspolitiker*innen und Wissenschaftler*innen für Gesundheitsförderung und Prävention und einer Versorgungsforscherin für vulnerable Gruppen. Die Sachverständigenkommission hat den Bericht auf der Grundlage wissenschaftli-

cher Forschung unabhängig erarbeitet.

Das Deutsche Zentrum für Altersfragen in Berlin (www.dza.de) hat die Arbeit der Sachverständigenkommission begleitet. Von dort kann man sich auch in Kürze die Papierfassung des Berichts zuschicken lassen oder sie im Internet herunterladen (Umfang: 240 Seiten).

Die Kurzfassung des Berichts, die das Ministerium am 8. Januar vorgelegt hat, kann man im Umfang von 50 Seiten herunterladen (www.bmfsfj.de). Dort sind die einzelnen Berichtsfelder beschrieben:

- Teilhabechancen in zentralen Lebensbereichen;
- Altersarmut in Deutschland: Herausforderungen und politische Optionen;
- Erwerbsarbeit im Alter: Wer kann, wer will, wer muss?
- Sorgearbeit – Herausforderungen für pflegende An- und Zugehörige;
- Gesundheitliche Ungleichheit verringern, gesunde Lebenswelten gestalten;
- Bezahlbarer Wohnraum und barrierearme Mobilität als Schlüssel für Teilhabe;
- Lokale Strukturen für soziale Einbindung und Engagement.

Zum 9. Altersbericht der Bundesregierung sagt Anja Piel, DGB-Vorstandsmitglied (www.DGB.de): „Ganz klar: Ältere Menschen sind wichtig für den demokratischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft ärmer und einsamer: Ob im Sportverein, in der Nachbarschaft oder bei der Kinderbetreuung – die ehrenamtliche Tätigkeit älterer Menschen ist ein unverzichtbares Gut. Der Bericht zeigt aber auch, dass wir mehr soziale Sicherheit brauchen, damit niemand im Alter in Armut einsam wird.“

Die neue Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass die älteren Menschen, die unseren Wohlstand in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben, nicht ins Abseits geraten.“

Auch die BAGSO hat ihre Stellungnahme veröffentlicht (www.bagso.de): „Der Altersbericht zeigt auf, dass es mit der steigenden Zahl älterer Menschen in der Gesellschaft auch eine steigende Zahl von Älteren gibt, die finanzielle Schwierigkeiten haben.“

Studie des Paritätischen Gesamtverbands zu Armut in Deutschland

Der Paritätische Gesamtverband stellt sich vor als einer von sechs anerkannten Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, er ist konfessionell, weltanschaulich und parteipolitisch unabhängig und steht für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe. Er stellt in regelmäßigen Abständen einen Armutsbericht für Deutschland auf und interpretiert auch die Armut in Baden-Württemberg. 2024 stellte der Verband auf der Grundlage der Zahlen von 2022 seinen aktuellen Armutsbericht vor. Danach sind 1,5 Mio. Menschen im Land von Armut betroffen, das ist jede*r

siebte Bewohner*in. Als eines der reichsten Bundesländer in Deutschland liegt BW damit auf Rang 2 (13,5 Prozent) nach Bayern (12,6 Prozent). Die deutschlandweite Armutsquote liegt bei 16,8 Prozent.

Daraus ergeben sich auch für Baden-Württemberg vielfache Forderungen für eine Verbesserung der Situation: Die Kinderarmut ist inzwischen anerkannt, aber auch der Altersarmut von Frauen muss dringend abgeholfen werden. Hier helfen, neben der Überwindung von ungleicher Bezahlung von Männern und Frauen, nur bessere Ausbildung und Qualifizierung!

Fazit: Beide Berichte, die hier vorgestellt und zusammengefasst wurden, zeigen Defizite auf, deren Beseitigung das bürgerschaftliche Engagement und damit die hohe Zahl der freiwillig engagierten älteren Menschen bereichern könnte. Wir fordern die neue Bundesregierung auf, mehr zu tun für ältere Menschen, die sich bis ins hohe Alter engagieren wollen. Sie sind ein Gewinn für die Gesellschaft!



Foto: Hartmut Wirsching, Alpsee bei Füssen

Künstliche Intelligenz in Alltag und Krieg (Teil 2)

(Teil 1: siehe AR 4/2024, S12/13; GEW Südbaden)

Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) Tübingen setzte seinen Vortrag zum Thema fort:

Sowohl von der Bundeswehr als auch von der Industrie werden große Erwartungen in die Entwicklung der KI in Bezug auf Konflikte und Kriege gesetzt und gemeinsame Konferenzen (z.B. AFCEA-Konferenz vom 2.3.2023) abgehalten. Auch hier bilden hunderte Millionen von Daten die Grundlage für die Entwicklungen. Diese umfassen u.a. digitale Schießtrainer, die Tarnung oder die Cyber-Abwehr. Gearbeitet wird am KI unterstützten Feuerkampf. Berechnet werden soll, wie auf der Grundlage von Parametern der optimale Standort der Schützen ermittelt wird. Die KI in Konflikten und Kriegen umfasst aber auch die sozialen Bereiche der Meinungsmanipulation beziehungsweise deren Bekämpfung. Geplant ist, dass bis 2028 fünfzehn Eurofighter mit einer Software der Helsing GmbH zum kognitiven elektronischen Kampf ausgestattet werden. In Deutschland ist hier vor allem die Firma Rheinmetall aktiv und in den westlichen Staaten die großen Tech-Unternehmen wie Microsoft, Amazon, Google oder Oracle. Diese privaten Unternehmen dominieren in diesem Bereich sowohl ökonomisch als auch militärisch die nächsten 50 Jahre.

Im Ukrainekrieg werden z. Zt. vor allem Drohnen mit gesteuerter Zielerkennung eingesetzt. Der Grund dafür ist, dass Drohnen ungleich billiger sind als Raketen. Auf der Schwelle steht noch die Schwarmsteuerung, durch die Drohnen sich eigenständig koordinieren und angreifen. Einen wichtigen Platz nimmt die KI bei der Propaganda ein, die auf Social-Media-Analysen gestützt wird. Zum Einsatz kommt hier z.B. dann Palantir, ein amerikanischer Software-Anbieter, den u.a. auch der CIA oder das FBI in Anspruch nehmen.

Als Beispiel, wie mit KI gestützter Propaganda gearbeitet werden kann, zeigte Christoph Marischka ein Video, das von israelischer Seite im Gaza-Krieg eingesetzt wurde. Auch bei den Bombardements auf Gaza wurde KI verwendet. Sie verminderte nicht die Zahl der Opfer des Krieges, sondern ermöglichte stattdessen eine sehr schnelle Zielfindung und damit

eine hohe Anzahl von Angriffen mit einer immens hohen Anzahl von Verwundeten und Toten und fast vollständigen Zerstörungen.

Den letzten Vortrag hielt Marius Pletsch von der Organisation „Stop Killer Robots“. Das ist eine NGO, die sich gemeinsam mit zahlreichen anderen NGOs für das Verbot autonomer Waffen einsetzt und auch bei der UNO aktiv ist.

In einer Gegenüberstellung von digitaler Selbstbestimmung und digitaler Entmündigung zeigte er zuerst auf, wie u.a. Informiertheit, Wahlmöglichkeiten, Freiwilligkeit oder Kompetenz für die Nutzer*innen den Absichten der Tech-Branche widersprechen. Stattdessen wird darauf gesetzt, dass auf einer prä-reflexiven Ebene das Nutzerverhalten beeinflussbar ist. Die undurchsichtigen statistischen Vermessungen, die mangelnde Einsicht in technische Strukturen – wie z.B. Algorithmen erstellt werden – und die vermeintliche Vereinfachung der Oberfläche „zum eigenen Wohl“ verhindern für den technisch nicht versierten Verbraucher oder die Verbraucherin eine kritische Auseinandersetzung.

Verwendet werden die Daten im Marketing, z. B. in der Werbung oder in Arbeitsabläufen, ein Bereich, der für die Gewerkschaften immer wichtiger wird (siehe die Auseinandersetzungen bei Amazon) und im Risk-Controlling (ein betriebswirtschaftlicher Begriff, zusammengesetzt aus Risiko und Kontrolle) bei Versicherungen, in der Medizin, auf dem Arbeitsmarkt und beim Zugang zu Sozialleistungen. Das alles sind Bereiche, in denen sensible Daten gespeichert und besonders geschützt werden müssten und in denen vor allem, wie der Referent an Beispielen nachwies, Schaden für den Menschen durch automatisierte Entscheidungsfindungen entstehen kann, wenn sich diese negativ auf ihn auswirken.

Im zivilen Bereich hat die EU mit dem EU-AI(KI) Act einen ersten Schritt zur Regulierung der KI getan. Inwieweit das ausreichend ist, bleibt umstritten: 78 Prozent der Beratungstermine vor der Verabschiedung des Gesetzeswerks fanden mit Industrievertretern statt, die eine massive Lobbyarbeit betrieben. Der Focus des AI Acts liegt auf dem

Rechtsschutz personenbezogener Daten. So ist z. B. biometrische Massenüberwachung verboten. Für Trainingsdaten aber genügen, wie schon dargestellt, anonymisierte Daten. Zahlreiche Ausnahmen gelten aber auch für die Polizei, für Nachrichtendienste und Grenzbehörden in Fällen, die als relevant für die nationale Sicherheit eingestuft werden. Diese sind von den Verpflichtungen des Gesetzes befreit.

Im militärischen Bereich stagnieren die Bemühungen um eine Regulierung autonomer Waffen. Seit zehn Jahren finden internationale Verhandlungen statt, die aber vor allem am Widerstand Chinas, Indiens, Russlands, Israels und der USA scheitern. Deutschland hatte 2022 den Vorschlag eingebracht, alle Waffen zu verbieten, die der Verfügung des Menschen entzogen sind. Seitdem fehlt jedoch der Nachdruck auch von deutscher Seite, eine solche Regulierung durchzusetzen. Eine Gruppe von Staaten, zu denen Neuseeland,

die Niederlande, Norwegen, die Schweiz und vor allem Österreich gehören, bemühen sich wie zahlreiche NGOs um das Thema. Das Verbot der Landminen hatten die NGOs auf den Weg gebracht. Vielleicht wäre das auch hier ein hoffnungsvoller Ansatz.

Am Schluss seines Vortrages gab Marius Pletsch Literaturtipps und einen Überblick darüber, wie jede*r im privaten digitalen Bereich sich so weit wie möglich schützen kann.

Mit jedem der vier einzelnen Themenbereiche hätte ein ganzer Tag bestritten werden können. So gingen die Teilnehmer*innen mit einer Fülle von Informationen nach diesem Tag nach Hause, die sicher nicht alle so schnell verarbeitet werden konnten, aber aufmerksam und kritisch für dieses breit gefächerte Thema gemacht haben.

Isabell Kuchta-Papp

100 Minuten – GEW Akademie Forschung und Praxis im Ruhestand

Im Herbst 2024 wurde das noch junge Format von Prof.'in i. R. Dr. Eva Schumacher mit dem Thema gestaltet: „Telefonseelsorge – Ein offenes Ohr für Anrufende aus allen gesellschaftlichen Milieus“. Die Teilnehmenden ließen sich durch den persönlichen Bericht der Kollegin aus ihrer langjährigen ehrenamtlichen Praxis inspirieren. Nachfolgend ein Beitrag, der auf Anregung der „GEW Akademie Forschung im Ruhestand“ von Elke Wahl, der Leiterin der „TelefonSeelsorge Ortenau-Mittelbaden e.V.“ (Offenburg), geschrieben wurde.

TelefonSeelsorge – Ziele, Arbeitsweise und Qualifikation

Die TelefonSeelsorge bietet Menschen Unterstützung an, die sich in einer Lebenskrise befinden, die einsam sind, trauern oder von Suizidgedanken gequält wer-

den. Sie wird von den christlichen Kirchen in Deutschland getragen und ist Ausdruck der seelsorglichen Verantwortung der evangelischen und katholischen Kirche.

Die TelefonSeelsorge ist rund um die Uhr über eine kostenfreie Nummer anonym erreichbar. Sie bietet außerdem Seelsorge über Chat und Mail, in manchen Orten auch eine Vor-Ort-Beratung an und hat eine Krisenkompass App entwickelt.

Seit 1956 gibt es die TelefonSeelsorge in Deutschland. Vertreten ist sie mittlerweile mit über 100 Stellen im ganzen Land. Sie organisiert sich in sogenannten Dienststellen, die in der Regel von Hauptamtlichen geleitet werden. Die konkrete Seelsorge am Telefon, im Chat oder über Mail wird vor allem von Ehrenamtlichen geleistet, die im Durchschnitt zwölf bis fünfzehn Stunden Dienst im Monat erbringen. Die einzelnen

„Schichten“ sind zwischen zwei bis acht Stunden lang und liegen teilweise in der Nacht, am Wochenende oder an Feiertagen. Die Gruppe der Ehrenamtlichen (im Durchschnitt 80 Mitarbeitende pro Dienststelle) spiegelt die Vielfalt der Menschen in der Gesellschaft wider (wenn auch der Altersdurchschnitt über dem allgemeinen Altersdurchschnitt liegt). Durch ihren Dienst leisten sie einen sehr wichtigen gesamtgesellschaftlichen Beitrag, niederschwellig, rund um die Uhr und qualifiziert für Menschen da zu sein und sich um ihre Seele zu sorgen.

Um diese wertvolle Arbeit tun zu können, bedarf es einer intensiven Auswahl und Begleitung der Ehrenamtlichen, die schon mit der Auswahl derer beginnt, die sich für eine Tätigkeit bei der TelefonSeelsorge bzw. für deren Ausbildung interessieren. Die Ausbildung dauert ca. neun bis zwölf Monate und umfasst mindestens 120 Zeitstunden. Alle Ehrenamtlichen nehmen zur Qualitätssicherung regelmäßig und kontinuierlich an Supervisionsgruppen teil, in denen die eigene Arbeit reflektiert wird.

TelefonSeelsorge in Baden-Württemberg – ein Überblick

In Baden-Württemberg gibt es insgesamt dreizehn Stellen. Sieben in Baden: in Mannheim, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg, Konstanz, Lörrach-Waldshut und Pforzheim. In Württemberg sind es sechs Standorte: in Ulm/Neu-Ulm, Tübingen, Ravensburg, Heilbronn und zwei in Stuttgart (eine evangelische und eine katholische Stelle).

Im Jahr 2023 waren in Baden-Württemberg rund 1.100 Ehrenamtliche in den dreizehn Stellen im Einsatz. Insgesamt haben sie etwa 171.000 Gespräche entgegengenommen. Davon ca. 157.400 am Telefon, ca. 8.200 in Chats und ca. 5.400 über Mail.

Hier ein paar exemplarische Angaben für die TelefonSeelsorge Ortenau-Mittelbaden aus dem Jahr 2023:

11.030 Kontakte gab es am Telefon, davon 9.458 (86%) Seelsorge- und Beratungsgespräche, die im Durchschnitt 23,74 Minuten dauerten. Die meisten, die sich am Telefon gemeldet haben, waren zwischen 40 und 79 Jahren alt. In Offenburg findet auch Chat-Seelsorge statt. Hier wurden 768 Chats geführt, 709 davon Seelsorge- und Beratungschats. Das Alter der Chat-Teilnehmenden war deutlich niedriger, die meisten waren zwischen 15 und 39 Jahren alt. Ein durchschnittlicher Chat dauerte 31 Minuten.

Die häufigsten Gesprächsthemen am Telefon waren Einsamkeit und Isolation, körperliches Befinden und depressive Stimmungen. Im Chat waren es depressive Stimmungen, Ängste und familiäre Beziehungen. Einsamkeit und körperliches Befinden sind hier erst an achter Stelle. Häufiger sind es z. B. Fragen nach dem Selbstbild, zum Leben in der Partnerschaft oder zu Stress.

TelefonSeelsorge – eine sinnstiftende Tätigkeit im Ruhestand

Da der Bedarf an Seelsorgegesprächen sehr hoch ist und immer wieder Menschen (altersbedingt) aus dem ehrenamtlichen Dienst ausscheiden, freut sich die TelefonSeelsorge über Interesse an der Ausbildung und Mitarbeit.

Weiterführende Informationen zur TelefonSeelsorge sind zu finden unter:

Bundesweit: <https://www.telefonseelsorge.de>,
für Baden-Württemberg mit den Kontaktdaten aller Stellen: <https://lag-ts-bw.de>

Elke Wahl

Hinweis:

Die fünfte Veranstaltung von „100 Minuten – GEW Akademie Forschung und Praxis im Ruhestand“ findet am **29.04.2025, 15.15-16.55 Uhr**, mit folgendem Thema statt:

„**Jordanien als Partnerland der deutschen Flüchtlingspolitik. Einblicke aus der Forschung**“.

Referent ist **Prof. i.R. Dr. Albert Scherr**, ehemals Pädagogische Hochschule Freiburg.

Informationen unter folgendem Link:
www.gew-bw.de/veranstaltungen-wissenschaft





www.gew-bw.de